

Europawahlen 2019 – ein Erfolg?

Von E. Noldus.

Zugewinne für die AfD nur im Vergleich zu 2014!

SPD: Besser als 1887!

GRÜNE: Kommt das europäische Steingarten-Verbot?

Die Europawahlen 2019 sind Geschichte. Die Gesamtergebnisse:

Partei	2019	Vergleich zu 2014	Mio. Stimmen 2019	Vergleich zu 2014	Bundestag 2017 in %
CDU/CSU	28,9	-6,5	10.792	+0.412	33,0
davon CSU:	6,3	+1,0	2.355	+0.787	6,2
SPD	15,8	-11,4	5.915	-2.089	20,5
GRÜNE	20,5	+9,8	7.676	+4.536	8,9
LINKE	5,5	-1,9	2.056	-0.112	9,2
AfD	11,0	+3,9	4.103	+2.033	12,6
FDP	5,4	+2,1	2.082	+1.041	10,7
Sonstige	12,9	+4,0	4.819	+2.212	5,0
Wahlbeteiligung	61,4	+13,3	37.389	+7.968	76,2

Das herausragende Ergebnis ist der Verlust der Volksparteien CDU/CSU und SPD von insgesamt 17,9 Prozent; beide erreichen noch 44,7 Prozent. Die großen Gewinner sind die GRÜNEN mit einem Zugewinn von 9,8 Prozent und mit 20,5 Prozent zweitstärkste Partei. AfD und FDP haben Zugewinne nach einem niedrigen Ausgangsniveau zu verzeichnen, während die LINKE neben der SPD als zweite Verliererin dasteht.

Mit 61,4 Prozent war die Wahlbeteiligung ungewöhnlich hoch bzw. die höchste seit der Wiedervereinigung.

Gerade im Hinblick auf die AfD ergibt sich die Frage, inwieweit die Bundestagswahl 2017 zum Vergleich heranzuziehen ist. Einige Kommentatoren haben aus dem prozentualen Rückgang (12,6 Prozent 2017 zu 11,0 Prozent) ihren Honig gesaugt und die AfD „entzaubert“. 2014 befand sich die Partei gewissermaßen noch in einer inneren Entwicklung, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch längst nicht abgeschlossen ist, aber zwangsläufig dynamischer als bei den älteren Parteien verläuft. Dennoch ist der direkte Vergleich 2014 zu 2017 letztendlich auch für die AfD maßgeblich, denn

- üblich ist ein Wahlvergleich primär auf gleicher Ebene (Kommunal- mit Kommunalwahlen, Landtags- mit Landtagswahlen usw.);
- die (fehlende) 5-Prozent-Klausel beeinflusst das Wahlverhalten direkt;
- die Ebene, auf der gewählt wird, beeinflusst das Wahlverhalten ebenfalls.

Aus diesen Gründen ist es durchaus gerechtfertigt, auch für die AfD den Vergleich von 2014 zu 2019 vorzunehmen und von einem Erfolg zu sprechen, auch wenn sich mancher mehr erhofft hat.

Die Kanzlerin war im Europawahlkampf geradezu abgetaucht. Aus ihrer Sicht vielleicht taktisch dadurch gerechtfertigt, da sie von dem absehbaren Mißerfolg nicht berührt wird und zwangsläufig die Position von „AKK“ geschmälert ist. Aber diese innerparteilichen Motive, so sie denn gegeben sind, haben im Verein mit den sporadischen Debatten um einen „fliegenden Wechsel“ im Kanzleramt beim Wähler den Eindruck von Schwäche und Orientierungslosigkeit hinterlassen und Stimmen gekostet. Dabei ist vielfach übersehen worden, daß die CSU sich sehr erfolgreich vom Trend der Schwesterpartei abgesetzt hat; Bayern ist eben nicht umsonst ein historisch gewachsener Freistaat mit eigenen Gesetzen.

Der kleinere Koalitionspartner SPD hat die Erfahrung machen müssen, daß sie sich in den Augen auch ihrer Stammwähler verschlissen hat. Die ordinär großmäulige Ankündigung von Andrea Nahles nach dem Rücktritt von Martin Schulz noch am Wahlabend 2017 und dem Ausstieg aus der Koalitionsregierung („Ab morgen gibt es auf die Fresse!“) hat sich als geradezu prophetisch erwiesen. Wer Parteitags- oder Wahlkampfreden von ihr betrachtet, faßt sich an den Kopf, wie ein derartig intellektuelles Leichtgewicht mit einer überschnappenden Stimme, die bei Anspannung in ein heiseres Krähen übergeht, überhaupt so weit kommen konnte.

Die Wahlgewinner sind die GRÜNEN, die von „the German Angst“ – dieses Mal ist es der Klimawandel – profitieren. Von den Medien zum Thema Nummer Eins hochgepeitscht, wurden offenbar viele Jungwähler animiert, zur Wahl zu gehen. Da es sich um ein Kernthema handelte, bei dem laut Forschungsgruppe Wahlen den GRÜNEN unangefochten die meiste Kompetenz zugeschrieben wird, profitierten sie von der höheren Wahlbeteiligung. Gleichzeitig muß man anerkennen, daß die personelle Neuausrichtung Habeck / Baerbock zumindest medial eine Abkehr von doktrinären Positionen bedeutete. Wir wagen dennoch die Behauptung, daß die GRÜNEN-Neuwähler noch reichlich Gelegenheit haben werden, ihre Dummheit zu bereuen.

FDP und LINKE nur knapp über 5 Prozent. Während die LINKE auch in ihren Hochburgen Federn gelassen hat, kämpft die FDP mit den Widrigkeiten einer kleinen Klientelpartei. Wofür steht diese eigentlich?

Wir – die AfD – stehen für Deutschland. Laut Forschungsgruppe Wahlen belegen wir in der Rangliste der unbeliebtesten Parteien unangefochten Platz 1! Wir wissen, daß die Vertretung deutscher Interessen in diesem Lande politisch unpopulär ist. Wir vertreten sie trotzdem, weil wir Deutsche sind und nicht nur „Bevölkerung“. Wie sich nationale Interessen und internationale Zusammenarbeit im Rahmen der EU miteinander vereinbaren lassen, ist ein noch ungelöstes Problem der jungen Partei. Wir fordern von dieser Stelle aus die Bundespartei auf, auch ihre europapolitischen Ziele positiv zu formulieren: Wir sind nicht gegen Europa, sondern für souveräne Nationalstaaten. Nur der Nationalstaat garantiert den Sozialstaat – nicht umgekehrt.

Geht man hinunter auf die Ebene der Bundesländer, zeigen sich gravierende Unterschiede im Vergleich von West- zu Mitteldeutschland. Die Jahrzehnte der deutschen Teilung haben Mentalitätsunterschiede erzeugt, die immer noch auf einer hintergründigen Art und Weise lebendig sind.

Die Ergebnisse auf Länderebene

Bundesland	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	LINKE	AfD
Baden-Württ.	30,8 (-8,5)	13,3 (-9,7)	23,3 (+10,1)	3,1 (-0,5)	10,0 (+2,1)
Bayern	40,7 (+0,2)	9,3 (-10,8)	19,1 (+7,0)	2,4 (-0,6)	8,5 (+0,5)
Saarland	32,4 (-2,5)	23,1 (-11,3)	13,2 (+7,2)	6,0 (-0,7)	9,6 (+2,8)
Rhld.-Pfalz	31,1 (-7,1)	21,3 (-9,4)	16,7 (+8,7)	3,1 (-0,6)	9,8 (+3,2)
Hessen	25,8 (-4,8)	18,4 (-11,9)	23,4 (10,5)	4,4 (-1,2)	9,9 (+0,8)
NRW	27,9 (-7,7)	19,2 (-14,5)	23,2 (+13,1)	4,2 (-0,5)	8,5 (+3,1)
Niedersachsen	29,9 (-9,5)	20,9 (-11,6)	22,6 (+11,7)	3,8 (-0,2)	7,9 (+2,6)
Bremen	21,9 (-0,5)	24,5 (-9,9)	22,7 (+5,1)	7,9 (-1,7)	7,7 (+1,9)
Hamburg	17,7 (-6,9)	19,8 (-14,0)	31,2 (+13,9)	7,0 (-1,7)	6,5 (+0,5)
Schleswig-Hol.	26,2 (-8,2)	17,1 (-14,8)	29,1 (+16,7)	3,7 (-0,7)	7,4 (+0,6)
Berlin	15,2(-4,8)	14,0 (-10,0)	27,8 (+8,8)	11,9 (-4,3)	9,9 (+2,0)
Sachsen	23,0 (-11,5)	8,6 (-7,0)	10,3 (+4,3)	11,7 (-6,6)	25,3 (+15,1)
Sachsen-Anh.	23,2 (-7,5)	12,5 (-9,1)	9,2 (+4,3)	14,4 (-7,5)	20,4 (+14,0)
Thüringen	24,7 (-7,0)	11,0 (-7,4)	8,6 (+3,6)	13,8 (-8,7)	22,5 (+15,1)
Brandenburg	18,0 (-7,0)	17,2 (-9,7)	12,3 (+6,2)	12,3 (-7,3)	19,9 (+11,4)
Meckl.-Vorp.	24,5 (-10,1)	15,6 (-5,7)	10,8 (+5,7)	13,9 (-5,7)	17,7 (+10,7)

Die Bundesländer sind geographisch geordnet von Süd nach Nord und von West nach Ost. Kräftige Schraffuren zeigen die Spitzenposition, die helleren Schraffuren den zweiten Platz in der Reihenfolge der Ergebnisse an.

Die Länder NRW (17,9 Mio.), Bayern (13,0 Mio.) und Baden-Württemberg (11,0 Mio.) umfassen die Hälfte der Bevölkerung ganz Deutschlands. In allen drei Ländern liegt die CDU/CSU vorne, gefolgt von den Grünen. Bis auf Bremen und Berlin reichen überall Koalitionen aus zwei Parteien zur Regierungsbildung.

Während diese politischen Kombinationen in der Praxis bereits vorgekommen sind, zeigen die mitteleuropäischen Länder ein anderes Bild. Aus AfD-Sicht sind die Landtagswahlen 2019 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg Schlüsselwahlen. Erfreulich sind die durchweg guten Ergebnisse, obwohl „Europa“ ein Feld ist, auf dem die Partei in der Außenwahrnehmung noch keine besonderen Alleinstellungsmerkmale aufweist, sieht man einmal von den Dexit-Wünschen einer (starken?!) Minderheit ab. Leider fällt es schwer, positiv formulierte Politikansätze zu entwickeln. Deshalb ist es nicht unrealistisch, in den September-Wahlen ähnlich gute Ergebnisse zu erzielen. Sachsen könnte das erste Bundesland werden, in welchem Blau-Schwarz eine ernsthafte Alternative zu einer Mehrparteienkoalition darstellte. Dieses um so mehr, als die AfD dort inzwischen auch kommunalpolitisch so gut verankert ist, daß plumpe Pressekampagnen, wie sie im Ruhrgebiet gegen die AfD gefahren werden, nicht beim Wähler verfangen.

Für die LINKEN gilt, daß sie dabei sind, ihren Status als mitteldeutsche Volkspartei an die AfD zu verlieren; eine Folge der direkten Wählerwanderung hin zur AfD, deren Aufgabe es sein wird, diese Protestwähler dauerhaft zu binden. Selbst in Thüringen, wo sie den Ministerpräsidenten stellt, kann sich die LINKE dem Negativtrend nicht entziehen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Umfragen zu den Landtagswahlen („Sonntagsfrage“) um einige Prozentpunkte günstiger ausfallen als die jetzigen Europawahl-Ergebnisse.

Aus einer größeren Distanz betrachtet, ergibt sich das aufregende Bild, daß nur noch zwei Bundesländer, nämlich Rheinland-Pfalz und das Saarland, dazu mit Abstrichen Bayern, die politische Landschaft der alten BRD abbilden. Aus der Sicht der SPD wird entscheidend sein, ob sich die GRÜNEN dauerhaft als gleichstarke dritte Kraft etablieren können. Vor diesem Hintergrund gewinnen die Kommunalwahlen im Herbst 2020 in NRW eine entscheidende Bedeutung, die man ihnen vor der Europawahl nicht beigemessen hätte. In einem anderen Sinne gilt das auch für die AfD.

Zeitgleich fanden in Bremen die Bürgerschaftswahlen (Landtag) statt.

Ferner fanden in folgenden Bundesländern Wahlen auf kommunaler Ebene statt: Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

In Sachsen-Anhalt errangen die Parteien folgende Anteile (in Klammern die Ergebnisse von 2014):

CDU 24,6 (34,3), AfD 16,4 (2,3), LINKE 15,0 (21,5), SPD 13,7 (18,3), Grüne 8,4 (5,5), FDP 5,9 (4,5), Sonstige 16,0 (13,6) Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 53,8 (43,0) Prozent.

Im Burgenlandkreis trat André Poggenburg (vormals AfD, jetzt Aufbruch Deutscher Patrioten Mitteldeutschlands) als Einzelbewerber an und erreichte 562 Stimmen von 241033 gültigen Stimmen.

Bei den Kommunalwahlen in Thüringen erzielten:

CDU 24,7 (31,8), AfD 22,5 (7,4), LINKE 13,8 (22,5), SPD 11,0 (18,4), GRÜNE 8,6 (5,0), FDP 4,4 (2,1) Prozent.

Bei den Kreistagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern erzielten:

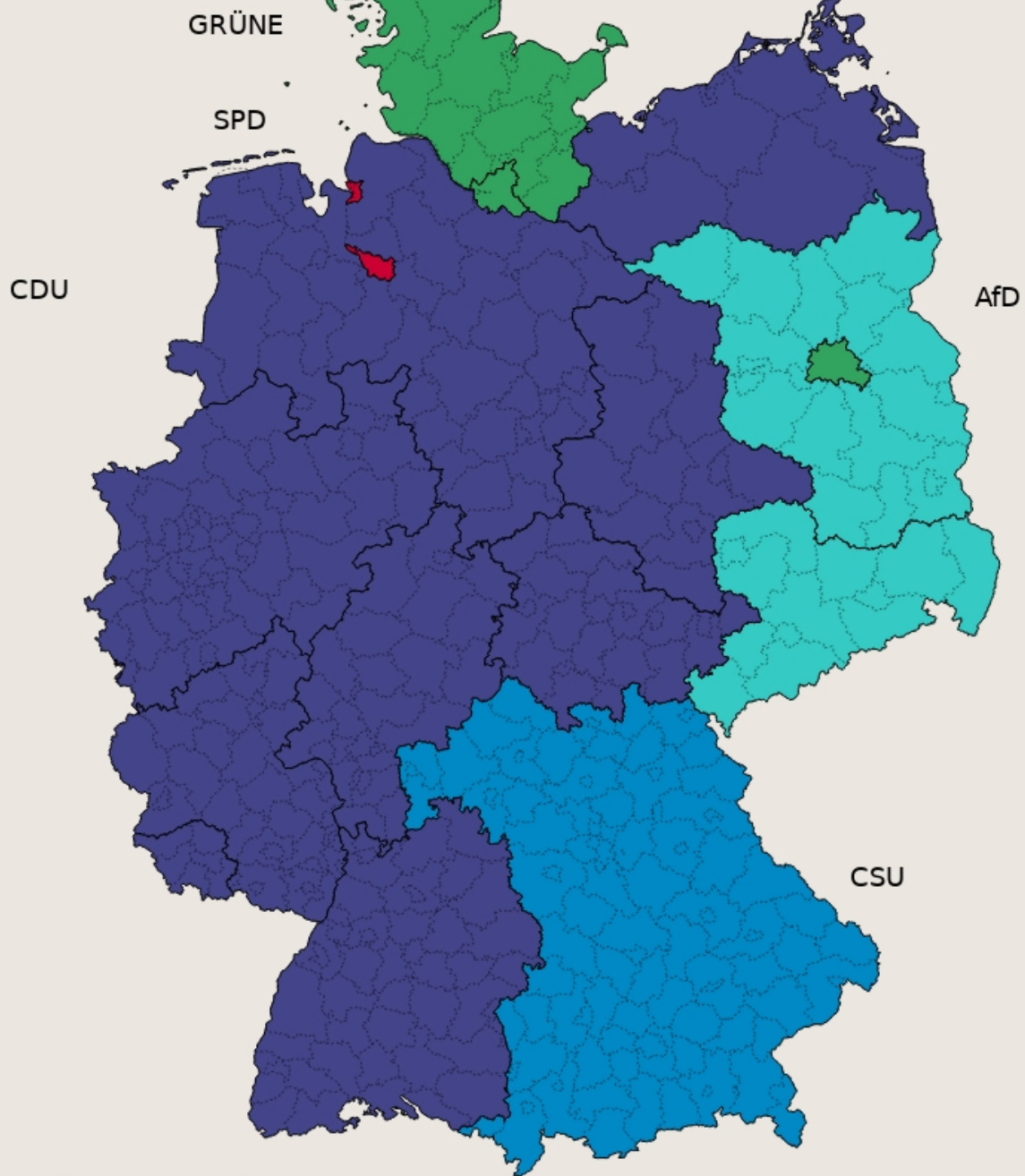
CDU 25,4%, LINKE 16,3%, SPD 15,4%, AfD 14,0%, GRÜNE 10,3%, FDP 4,3%.

Bei den Kreistagswahlen in Sachsen wurde die CDU in acht, die AfD in zwei Landkreisen (Bautzen, Görlitz) stärkste Partei. Schlechteste AfD-Ergebnisse waren Zwickau (19,1%), Nordsachsen (19,4%) und Vogtland (19,7%); jeweils als zweitstärkste Partei hinter der CDU.

In Chemnitz erzielte die CD 19,9%, die AfD 17,9%, LINKE 16,7%, SPD 11,6%, GRÜNE 11,5%, Pro Chemnitz 7,7%. In Dresden wurden die GRÜNEN mit 20,5% stärkste Partei (CDU 18,3%, AfD 17,1%, LINKE 16,2%). In Leipzig lagen die LINKEN vorne mit 21,4% vor den GRÜNEN (20,7%) CDU (17,5%), AfD (14,9%) und SPD (12,4%).

Anhang: Graphische Darstellung der Stimmenmehrheiten in den Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis der Europawahl vom 26. 5. 2019.

Stimmenmehrheiten in den Kreisen und kreisfreien Städten



Bundeswahlleiter - Wahlatlas 2019